

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresden, Gebr. Arnhold.

Abonnementpreis einschließlich Frangirung monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 201. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Insertionspreis: die 7 gelbsteine Kompositorenzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Leuzungszulage, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuckergelb). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Verlagsüberlegung 20 Pf.

Nr. 164a.

Dresden, Sonntag den 20. Juli 1919.

30. Jahrg.

Arbeiter, Parteigenossen!

Während des Krieges ist es leider nicht gelungen, das Proletariat zu gemeinsamem Kampfe für Frieden und Völkerverständigung zu vereinen. Jetzt endlich treten zum ersten Male nach fünf Jahren die Proletarier der west- und mitteleuropäischen Kulturländer an einem Tage unter derselben Losung zu großen Kundgebungen zusammen. Es gilt, Protest zu erheben gegen den schändlichen Gewaltfrieden, den die Entente-Imperialisten Deutschland auferlegt haben, und der eine Gefahr für den Frieden der Welt werden kann.

Die deutschen Proletarier werden an diesem Tage nicht nur gegen den Gewaltfrieden der Entente staatsmänner protestieren, sondern sie wollen auch ihren Willen bekunden, die durch den Krieg zerstörte Welt von neuem wieder aufzubauen. Sie wollen zeigen, daß ihnen alle Revanchegedanken fern liegen. Es ist ihr Wunsch, daß der Krieg, der hinter uns liegt, der letzte Krieg gewesen sein möge, den die Menschheit gesehen hat. Darum findet Euch in großen Massen in den Versammlungen ein, die die Sozialdemokratische Partei Groß-Dresdens am Montag veranstaltet. Wir fordern Euch auf, am Montag nicht von der Arbeit fernzubleiben. Die Not unseres Volkes erfordert, daß jede vermeidbare Störung unseres Wirtschaftslebens unterbleibt.

Die Versammlungen finden statt Montag abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in folgenden Lokalen:

Altstadt: Volkswohlfahrt, Trabantengasse — Neustadt: Orpheum, Rauenzer Straße
Löbtau: Musenhalle, Kesselsdorfer Straße.

Redner: Genossen Frässdorf, Sindermann, Minister Dr. Harnisch.

Der Bezirksvorstand.

Die Regierung Clemenceau erschüttert.

Ein Sabelschwung gegen die französische Regierung.

Paris, 19. Juli. In der gestrigen Kammer Sitzung wurde über die allgemeine Steuer und über die Ernährungsfrage die Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden aufs Schärfste angegriffen, hauptsächlich von dem Abgeordneten Bonzie, welcher die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig verfehlt hielt und erklärte, man habe, um gegen die Steuer anzukämpfen, die Gehälter erhöht, ein Gesetz gegen die Spekulanten gemacht, die sich nicht daran kinnieren, und schließlich einen Wirtschaftsausschuß ernannt, habe aber vergessen, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde und daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Schließlich wurde auch die Sozialpolitik aufs Schärfste angegriffen.

Der Ernährungsminister Boret war als einziger Minister antwortend. Er verteidigte die Politik des Ministeriums und verwarf schließlich die Tagesordnung. Angenommen, hätte auch in die Debatte eingegriffen und erklärt, das Ministerium habe sich unfähig erwiesen, gegen die Steuer anzukämpfen. Belgien und Italien hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung Renard annehmen zu können. Trotzdem wurde der Tagesordnung Augagneur mit 227 gegen 213 Stimmen der Vorrang zuerkannt. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Minderheit gebracht worden. Der Ernährungsminister Boret hat Clemenceau seinen Rücktritt angeboten. Doch ist noch nicht bekannt geworden, ob er angenommen würde und ob schließlich nicht doch das ganze Kabinett in die Krise hineingezogen wird. Die Entscheidung soll heute vormittag fallen.

Paris, 19. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse bezieht die gestrige Abstimmung in der Kammer. Man sagt: Die Mehrheit der Kammermitglieder habe in den Verhandlungen erklärt, daß die Abstimmung formeller Lob der Regierungspolitik sei. Man habe nicht nur den Minister Boret, sondern die Gesamtpolitik des Kabinetts treffen wollen. Das Blatt glaubt, Clemenceau werde in der nächsten Kammer Sitzung am Dienstag die Vertrauensfrage stellen und Kammer Sitzung am Dienstag geben, ihre ungewisse Meinung auszusprechen. Clemenceaus Stimme über erklärt kategorisch, Boret allein sei geschlagen und werde sich zurückziehen. — Veris meint: Die Regierung habe schon seit langem das Vertrauen der Kammer verloren, wie sie das Vertrauen des Landes verloren habe. Kein Mensch könne behaupten, daß nur Boret und einige wenige Minister getroffen seien. Das ganze Kabinett habe wichtige Minister getroffen. — Humanität ist beleidigt von der gestrigen Abstimmung und sieht darin einen Erfolg der Arbeiterbewegung gegen die Regierung. Bleibe Clemenceau am Ruder, dann vergrößere er die Schwierigkeiten selbst, wenn er behaupten werde, daß das öffentliche Interesse ihm das Verbleiben an der Spitze der Regierung zur gebieterischen Pflicht mache.

Vertagung des Generalstreiks in Frankreich.
Freitag abend wurden zwölf Mitglieder des Zentral-

rates des Allgemeinen Arbeiterverbandes von Clemenceau empfangen, der sich fünf Minuten mit ihnen unterhielt. Er soll ihnen erklärt haben, er könne politische Streiks nicht dulden. Joubert soll darauf geantwortet haben, der Streik richte sich in der Hauptsache gegen die Lebensmittelsteuer, trage also einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter. Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes trat nach Beendigung der Unterredung mit Clemenceau alsbald zu einer Sitzung zusammen, und faßte unter dem Eindruck der Vorgänge in der Kammer den Beschluß, den Generalstreik vom 21. Juli zu vertagen und dem Nationalkomitee am Montag die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten. In der Tagesordnung wird erklärt, daß die unter Androhung des Generalstreiks bereits hingestellten Dispositionen, betr. Demobilisierung und Annahme eine Rolle gespielt haben, und daß die durch die Kammerabstimmung geschaffene Lage bewiesen habe, daß die Stimme der arbeitenden Klasse, die die Regierungspolitik verurteilt, gehört worden sei.

Paris, 19. Juli. Nach dem Organ La Patrie verlangt von den Arbeitern aus Anlaß des Simonsdinerens des Generalstreiks Unterordnung unter die Disziplin. Erst nachdem der Verwaltungsrat dem Nationalkomitee der Gewerkschaften Bericht erstattet habe, würde offen gesprochen werden können. Clemenceaus Drohung habe man sich nicht unterworfen. Unter dem Druck der angekündigten Demobilisierung von 150 000 politischen und militärischen Verurteilten wurde angenommen. Die Demobilisierung werde Ende September beendet sein. Dadurch sei innerpolitisch vieles erreicht worden. Was die äußere Politik anbetreffe, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt.

Rom, 19. Juli. Der Gehalt eines Generalstreiks scheint immer mehr an Boden zu verlieren. Rührige Gewerkschaftsaktionen aller Verufe teilen mit, daß sie an dem Streik vom 21. Juli nicht teilnehmen.

Graz, 19. Juli. Die Versammlung der Arbeiterräte bezieht nach Vorschlag der Parteileitung, am 21. Juli keine Arbeiterruhe einzutreten zu lassen, sondern am Sonntag eine Kundgebungsversammlung abzuhalten.

Die unabhängige Streikpartei.

Berlin, 19. Juli. In der heutigen Sitzung der unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte Berlins wurde, wie die Abendblätter melden, beschlossen, am Montag in allen Betrieben mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte durch Streik zu demonstrieren. Hierzu veröffentlichten die Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Demokraten gemeinsam eine Entschließung, in der es unter anderem heißt:

Da jede Stunde Arbeitern den notwendigen Aufbau des wirtschaftlichen Lebens verlangsamt, empfehlen wir, von einer Arbeitsruhe abzusehen.

Berlin, 19. Juli. Die V. A. M. meldet: Der Parteivorstand der Unabhängigen, der bisher lediglich aus Teilnahme an der Demonstration des internationalen Proletariats am 21. Juli aufgeführt hat, die entscheidliche Erklärung eines Demonstrationsstreiks oder Vertagung eines Demonstrationsstreiks als allgemeine Erklärung hatte, verhandelt heute für Montag die allgemeine Arbeiterruhe und ruft die Arbeiter, Kugelweber und Beamten zu

großen Versammlungen unter freiem Himmel im Parkgarten, im Humboldt- und Friedrichshain um 12 Uhr mittags auf, während der Parteivorstand der Reichssozialistischen Arbeiterpartei in geschlossenen Räumen, und zwar um 5 Uhr nachmittags, also nach Arbeitsstunde, verhandelt. Die von Berliner Seite herkommen werden auf Grund des Belagerungscharakters der Versammlungen unter freiem Himmel innerhalb des Reichstagsbezirks der Stadt Berlin nicht gebildet werden. Es ist also damit zu rechnen, daß die Versammlungen der Unabhängigen verboten werden. Was die Arbeiterruhe anbelangt, so ist festzustellen, daß die Lage zur Stunde noch nicht geklärt ist. Ein Teil der Arbeiterschaft, der politisch zu den Unabhängigen gehört, ist geneigt, die Streikpartei zu folgen. Die mehrheitlich sozialistischen Arbeiter und Angehörigen sowie die Demokraten lehnen gemäß der Parole ihrer Partei den Streik ab. Einen Generalstreik wird es auf keinen Fall geben. Vom Berliner Parteivorstand hören wir, daß die Arbeiter und Angehörigen der Reichssozialistischen Arbeiterpartei sich weder für noch gegen den Streik ausgesprochen haben. Vermutlich wird eine Abstimmung stattfinden. Ebenso unklar ist die Lage bei den Reichssozialistischen. Von der Direction der Straßenbahn in den Reichshäfen, wo Schlagungen worden, ein Kompromiß in der Weise zu schließen, daß etwa eine Stunde lang, und zwar von 11 $\frac{1}{2}$ bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr mittags, sämtliche Straßenbahnwagen angehalten werden und still stehen. Das dürfte als Demonstration genügen. Es sich des Parteivorstand auf dieses Kompromiß einigt, nicht zu erwarten. Die Durchbrechung des Streikbundes ist nicht zu erwarten, so daß also keine Unterbrechung des Zeitungsbetriebes entsteht.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Weimar, 19. Juli. Die V. L. B. hört, wird der Nationalversammlung voraussichtlich in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft zugehen. Die Kohlenlieferungen, zu denen das Reich durch den Friedensvertrag verpflichtet ist, zu bringen dazu, die Sparbarkeit und Wirtschaftlichkeit der heimischen Energiequellen sicherzustellen und auf diesen wichtigen Gebieten die Durchsicherung zu übernehmen. Es ist beabsichtigt, den Bau von elektrischen Hochspannungsleitungen sofort in Angriff zu nehmen.

Um bei der Energieerzeugung dem Reiche die maßgebende Führerrolle zu sichern, soll die privatrechtliche Beteiligung an großen Elektrizitätswerken in Reichseigentum übergeführt werden. Es ist aber nicht daran gedacht, die private elektrische Industrie in den Reichsbereich überzuführen. Ferner ist beabsichtigt, an den Ausbau der deutschen Wasserkraft durch das Reich heranzutreten. Den Reichsanlagen soll die volle Verfügung über die Wasserkraft ihres Landes sowie über die Elektrizitätswerke und über ihre in staatlichen Werken erzeugte elektrische Energie vorbehalten.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß der Staatsbeamten.

Unter diesem Titel veröffentlichte Sozialistische Arbeiterpartei im Dresdner Anzeiger Nr. 271 einen Aufruf, in dem er für einen die Gewerkschaftsorganisationen der Staatsbeamten lautet. Er lautet aus: „Der Staat wird durch seine Beamten bedingt. Übermäßig ist es deshalb, wenn sich das Staatsbeamten zum Staat als besondere öffentlich-rechtliche oder gewerkschaftliche Organisation organisieren wollen.“ Weiterhin: „Beamtenrecht und Staatsarbeiterrecht bedeuten sich nicht.“ Gestresst sei öffentlich-rechtlicher, letzteres privatrechtlicher Natur.

Vom Standpunkte des alten Beamtenrechts, dessen ganzes Rechtsinstitut auf einer durchgehenden Deduktion beruhet, ist